

54. Sitzung des Landtags Brandenburg - 15. Dezember 2017

- **Rechtsfrieden für "Altanschießer" herstellen**

Das Land Brandenburg wird sich nicht dafür einsetzen, dass alle sogenannten Altanschießer ihre zu viel gezahlten Beiträge für Kanalanschlüsse zurückerhalten. Der Landtag lehnte einen dementsprechenden [Antrag der CDU](#) ab. Die CDU hatte gefordert, dass mehr als zwei Jahre nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts endlich Rechtsfrieden für alle Altanschießer hergestellt werden müsse. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2015 Beitragsforderungen von Brandenburger Wasserverbänden für alte Kanalanschlüsse aus den 1990er Jahren oder aus DDR-Zeiten für rechtswidrig erklärt. In dem Streit geht es um mehrere hundert Millionen Euro. Rückzahlungsansprüche haben jedoch nur die, die Widerspruch eingelegt hatten.



[Sven Petke \(CDU\),](#)

[Download \(mp4, 32 MB\)](#)

fordert, dass Brandenburg endlich für Rechtsfrieden sorgen und alle betroffenen Altanschießer entschädigen solle. Die Brandenburger erwarteten, dass die Landesregierung etwas unternehme.



[Daniel Kurth \(SPD\),](#)

[Download \(mp4, 27 MB\)](#)

bezeichnet Petkes Forderung als billigen Populismus. Die Abwasserverbände müssten unterstützt werden; alle Beiträge zurückzuzahlen sei aber falsch. Damit würde man zudem in die Kompetenzen der Kommunen eingreifen. Die Rückzahlung aller Beiträge würde keine Gerechtigkeit schaffen. Die CDU suggeriere, dass es einfache Lösungen gebe.



[**Franz Josef Wiese \(AfD\),**](#)
[Download \(mp4, 16 MB\)](#)

wirft der Landesregierung vor, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Sie solle endlich handeln und Rechtsfrieden für die "Altanschießer" herstellen. Gemeinsam mit den Abwasserzweckverbänden müsse ein Konzept erarbeitet werden.



[**Hans-Jürgen Scharfenberg**](#)
[**\(Die Linke\)**](#)

[Download \(mp4, 36 MB\)](#)

erinnert die CDU an ihre Verantwortung für die jetzige Altanschießerproblematik. Offenbar befinde sie sich im "ständigen Wahlkampfmodus". Das Land stelle mehr als eine viertel Milliarde Euro zur Verfügung.



[**Ursula Nonnemacher**](#)
[**\(Bündnis 90/Die Grünen\)**](#)

[Download \(mp4, 21 MB\)](#)

wirft der CDU vor, Bürgernähe vorzugeben, ohne eine Idee zu haben, wie Rechtsfrieden für Altanschießer hergestellt werden kann. Bisherige Heilungsversuche hätten zu einer neuen Klagewelle geführt. Die neue Fraktionschefin fordert eine grundsätzliche Reform des Kommunalabgabengesetzes.



[**Péter Vida \(fraktionslos\),**](#)
[Download \(mp4, 24 MB\)](#)

beklagt ein parteiübergreifendes Versagen in der Altanschließerproblematik. Tausende Staatshaftungsklagen seien anhängig. Es gebe immer noch schätzungsweise bis zu 70.000 Haushalte, die auf die Rückzahlung der rechtswidrig erhobenen Beiträge warten. Er unterstütze den CDU-Antrag.



[**Karl-Heinz Schröter \(SPD\),**](#)
[Download \(mp4, 37 MB\)](#)

Der Innenminister stellt klar, dass die Zweckverbände eigenverantwortlich zu entscheiden hätten, ob sie Gelder zurückzahlen, was zu steigenden jährlichen Gebühren führen könne. Das Land werde notleidenden Abwasserverbänden helfen. 250 Millionen Euro stünden dafür zur Verfügung. Gut 43,5 Millionen Euro seien bisher beantragt worden.



[**Péter Vida \(fraktionslos\) vs.**](#)
[**Karl-Heinz Schröter \(SPD\)**](#)

[Download \(mp4, 16 MB\)](#)

versucht noch einmal aus seiner Sicht den Inhalt der Staatshaftungsklagen zur Altanschließerproblematik darzustellen. - Der Innenminister wiederum macht deutlich, dass es noch kein rechtskräftiges Urteil zur Staatshaftung gebe. Vida orakele nur.



[Sven Petke \(CDU\) , Download \(mp4, 26 MB\)](#)

macht noch einmal deutlich, dass es der CDU um Rechtsfrieden in der Altanschießerproblematik gehe. Die jetzige Regierung suche immer nur die Schuld bei anderen. Sie müsse jetzt handeln.



[Kurzintervention Ina Muhß \(SPD\) ,](#)

[Download \(mp4, 10 MB\)](#)

widerspricht dem CDU-Abgeordneten Petke und betont, sie kenne sich mit der "Altanschießer"-Problematik gut aus, da sie im Petitionsausschuss mit diesem Thema befasst sei. Die meisten Brandenburger hätten gar kein Problem, da die kommunalen Zweckverbände die Beitragskosten für die Anschlüsse auf die Gebühren umgelegt hätten. Viele Verbände hätten auch die unrechtmäßig erhobenen Beiträge von sich aus zurückgezahlt.



[Kurzintervention Ralf Holzschuher \(SPD\) ,](#)

[Download \(mp4, 6 MB\)](#)

wirft dem CDU-Abgeordneten Petke vor, keine Ahnung von der Materie zu haben. Er kenne weder die juristischen noch die finanziellen Folgen seines Antrages zur Altanschießerproblematik, den er hier mit "großer Vehemenz" vortrage. Deshalb müsse man den Antrag ablehnen.



[Sven Petke \(CDU\)](#)

[Download \(mp4, 19 MB\)](#)

reagiert auf die Kurzinterventionen der Abgeordneten Muhß, Kurth und Holzschuher (alle SPD) und fordert die Koalition erneut auf, endlich [Rechtsfrieden für "Altanschießer"](#) herzustellen, wie es der CDU-Antrag vorsehe.